

Das Klimaschutzprogramm der CDU ist eine Mogelpackung!

Die CDU erkennt an: „*Die Erderwärmung ist ein globales Problem... Wir sehen uns in der Verantwortung, die Schöpfung zu bewahren.*“

Wie will die CDU dieser Verantwortung gerecht werden?

Sie verspricht, durch „*marktwirtschaftlichen Klima- und Umweltschutz*“ die „*Klimaziele einzuhalten*“.

Welche Klimaziele sind konkret gemeint?

„*Unser Plan: Pariser Klimaziele einhalten.*“

Was heißt: Pariser Klimaziele einhalten?

Mit dem **Pariser Klimaabkommen** von 2015 haben sich 195 Staaten völkerrechtlich verbindlich „in der Erkenntnis, dass die Klimaänderungen die ganze Menschheit mit Sorge erfüllen,“ auf das Ziel geeinigt, dass der „Anstieg der durchschnittlichen Erdtemperatur deutlich unter 2 °C über dem vorindustriellen Niveau gehalten wird und Anstrengungen unternommen werden, um den **Temperaturanstieg auf 1,5 °C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen**, da erkannt wurde, dass dies die Risiken und Auswirkungen der Klimaänderungen erheblich verringern würde.“ Dabei gilt der „**Grundsatz der gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortlichkeiten und Fähigkeiten**“ der Staaten. Das heißt, dass entwickelten, reichen, technologisch fortgeschrittenen Staaten mit hohen historischen Emissionen, die Verantwortung zukommt, „ehrgeizige Anstrengungen zu unternehmen“, „Entwicklungsländer zu unterstützen“ und „die Führung zu übernehmen“. **Daraus folgt, dass für Länder wie Deutschland die Einhaltung des 1,5-Grad-Limits der Maßstab sein muss.**

2018 hat der **Weltklimarat IPCC** berechnet, wieviel Tonnen CO₂ weltweit noch emittiert werden können, um bestimmte Temperaturlimits mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit einzuhalten. Der **Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU)** der Bundesregierung hat 2020 daraus das **nationale CO₂-Budget für Deutschland** zur Einhaltung des Pariser Klimaabkommens berechnet.

In seinem Beschluss zur Klage gegen das Klimaschutzgesetz hat das **Bundesverfassungsgericht** 2021 festgestellt, dass das **Verfassungsrecht, insbesondere in Verantwortung für die kommenden Generationen, die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens verlangt. Maßstab der Einhaltung der Klimaziele ist das nationale CO₂-Budget.**

Die CDU will das Pariser Abkommen einhalten, nennt aber dafür kein CO₂-Budget. Das Bundesverfassungsgericht bezeichnet dies als „Klimapolitik ins Blaue hinein“.

Tatsächlich ist das nationale CO₂-Budget zur Einhaltung des 1,5-Grad-Limits sogar schon aufgebraucht, wie der SRU im März 2024 dargelegt hat. Um uns an diesem Temperaturlimit und damit dem fairen Beitrag Deutschlands zur Einhaltung des Pariser Abkommens zu orientieren, können wir kein CO₂-Budget mehr aufzehren, sondern müssen vermehrte Anstrengungen darauf richten, **das Überschreibungsbudget so gering wie möglich zu halten** und sich der Frage stellen, wie mit der **Verantwortung für die Schäden dieser Überschreitung** umzugehen ist.

Wir stellen fest, zwar behauptet die CDU, das Pariser Klimaabkommen einhalten zu wollen, gibt jedoch weder ein Temperaturlimit, noch ein CO₂-Budget als Maßstab zur die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens an, von einer Überschreitung des CO₂-Budgets ganz zu schweigen und betreibt damit „Klimapolitik ins Blaue hinein“, ungeeignet ihrer Verantwortung gerecht zu werden „die Schöpfung zu bewahren“.

Welchen weiteren Klimazielen sieht sich die CDU verpflichtet?

„Die Klimaneutralität bis 2045 haben wir fest im Blick.“

„Klimaneutralität bis 2045“ ist Ziel des gültigen Klimaschutzgesetzes (KSG). Daran will sich die CDU halten.

Auf welche Weise verspricht die CDU das Klimaschutzgesetz einzuhalten und

„Klimaneutralität bis 2045“ zu erreichen?

Als „marktwirtschaftliches Leitinstrument“ setzt die CDU auf den „Emissionshandel“.

Was ist der Emissionshandel?

Der Emissionshandel ist das zentrale Klimaschutzinstrument der EU. Er umfasst mit Energiewirtschaft und energieintensive Industrie rund 40% der Treibhausgasemissionen der EU. Wer Treibhausgase emittiert, muss dafür Zertifikate erwerben. Mit abnehmender Anzahl von Zertifikaten kann der Pfad zur Klimaneutralität in dem Bereich gesteuert werden. Der Preis bildet sich auf dem Markt. Die Einnahmen verwenden die Mitgliedsstaaten zumeist für Fördermaßnahmen und sozialen Ausgleich. Ab 2027 wird es auch für den Gebäude- und Verkehrsbereich einen europäischen Emissionshandel geben. Dieser wird in Deutschland über den CO₂-Preis vorbereitet.

Wenn die CDU also schreibt, *„der Emissionshandel ist der in der Lage, die Emissionsmenge effizient zu begrenzen und das Klima bestmöglich zu schützen“*, so ist dies theoretisch zwar richtig, setzt aber 1. voraus, dass die Menge der Zertifikat klein genug ist – über diese macht die CDU aber keine Aussage und 2. müssen klimaneutrale Alternativen zur Verfügung stehen.

Der Expertenrat für Klimafragen hat in seinem gerade erschienenen Zweijahresgutachten erneut festgestellt, dass die Klimaziele für 2030 aus dem KSG verfehlt werden. Daraus folgt die Verpflichtung für die neue Bundesregierung, deutlich nachzusteuern. Insbesondere werden die Ziele im Gebäude- und Verkehrsbereich erheblich verfehlt. Zudem drohen ab 2027 erhebliche Strafzahlungen, wenn die EU-Vorgaben in diesen Bereichen nicht eingehalten werden.

Bsp. Gebäudebereich: Wie will die CDU die Wärmewende schaffen?

„Wir schaffen das Heizungsgesetz der Ampel ab. Mit dem bürokratischen Reinregieren in den Heizungskeller muss Schluss sein. Wir fördern technologieoffen emissionsarme Wärmelösungen. Die Menschen brauchen Entscheidungsfreiheit. Sie wissen am besten, welche Heizungsart zu ihrem Wohneigentum und zu ihrem Geldbeutel passt. Es geht uns darum, technologieoffen emissionsarme Wärmelösungen zu fördern und zu nutzen.“

Die Abschaffung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG) bezeichnet der Expertenrat in seinem Jahresgutachten als „gefährlich“ und auch der deutsche Städtetag warnt davor.

Was sich bei der CDU positiv als *„Entscheidungsfreiheit“* und *„Technologieoffenheit“* anhört, liefert die Menschen interessegeleiteten Falschinformationen aus und lässt sie mit den absehbaren Entwicklungen allein. Menschen, Unternehmen und Kommunen brauchen Planunsicherheit. Ende letzten Jahres kam es infolge von Falschinformationen in Boulevardpresse und Politik kurz vor Inkrafttreten des GEG noch zu einem Kauf-Boom bei Gasheizungen. Diese Käufer*innen werden die ersten sein, die über die steigenden Gaspreise, horrenden Gasnetzgebühren und das Abschalten der Gasnetze entsetzt sein werden. Aber der Ausbau der Fernwärme und die Verbreitung der viel effektiveren Wärmepumpen sind unerlässlich für eine klimaneutrale Wärmeversorgung. Damit zahlen aber die letzten verbliebenen Gaskunden bis zur Netzstilllegung die gesamten Netzentgelte. Je früher die Kommunen im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung festlegen, wo es Wärmenetze geben wird und wann Gasnetze stillgelegt werden, desto besser für die Menschen. Entfällt die für Städte bis Mitte 2026 verpflichtende kommunale Wärmeplanung wieder, wird diese entscheidende Information weiter aufgeschoben. Fehlentscheidungen sind die Folge.

Bsp. Verkehr: Wie will die CDU die Verkehrswende schaffen?

„Wir stehen zum Auto und zur Automobilindustrie. Das Verbrenner-Verbot muss rückgängig gemacht werden.“

Eine wesentliche Ursache für die Krise der deutschen Autoindustrie ist ihre kurzfristige Profitorientierung. Mit immer größeren und schwereren Verbrenner-SUV's wurden auf Kosten unseres CO₂-Budgets hohe Milliardengewinne erzielt und die E-Antriebswende. Die deutsche Politik half dabei kräftig mit, indem sie in der EU strengere CO₂-Grenzwerte verhinderte und sich um die Einhaltung der bestehenden kaum kümmerte. Wer jetzt das Verbrennerverbot 2035 kippt, verhindert nicht nur die Einhaltung der Klimaziele, sondern verzögert den überfälligen Wandel in der Autoindustrie weiter. Für die Autokäufer gilt dasselbe wie für die Gasheizungskäufer: die Kraftstoffpreise werden durch den Emissionshandel stark ansteigen und die Verkehrswende wird einen Punkt erreichen, an dem die Infrastruktur kippt und es immer weniger Tankstellen für Verbrenner gibt. Wer Verbrenner kauft, ist schlecht beraten. Wer das Verbrenneraus der EU hinauszögert, schadet der Autoindustrie, den Käufern und dem Klima.

Wer entscheidet über die Einhaltung der Klimaziele: Markt oder Staat?

„Der Markt soll darüber entscheiden, wo und wie Emissionen vermieden werden. Das ist unser Weg: CO₂ einsparen, wo es am effizientesten ist.“

Der Weg zur Klimaneutralität ist ohne starke Regulierungen nicht möglich.

Marktideologie ist hier fehlt am Platze und lockt die Menschen in eine Sackgasse.

Um die Klimaziele einzuhalten, was auch die CDU vorgibt, kommt es auf die Menge der Treibhausgase an, die bis zu diesem Ziel noch emittiert werden. Diese festzulegen, ist Aufgabe der Politik. Dafür müssen in allen Bereichen Infrastrukturen umgebaut und Alternativen geschaffen werden. Auch dafür bedarf es staatlicher Planung. Der Markt spielt dort eine Rolle, wo z.B. verschiedene Firmen Wärmepumpen oder E-Autos anbieten, aber nicht um zu entscheiden, wie lange Gasheizungen und Verbrennerautos gekauft werden können. Das würde nicht nur die Einhaltung der sowieso schon zu schwachen Klimaziele verhindern, sondern auch den Käufer*innen einen Bärendienst erweisen.

Was sagt die CDU zu klimaschädlichen Subventionen?

*„Wir führen die Agrardieselmrückvergütung wieder vollständig ein.“
„Wir erhöhen die Pendlerpauschale.“*

Deutschland zahlt jährlich ca. 65 Milliarden € klimaschädliche Subventionen. Selbst der Bundesrechnungshof hat den Abbau dieser Subventionen gefordert, da es widersinnig ist, sowohl Geld für Klimaschutz, als auch für Klimaschäden auszugeben. Im Programm der CDU findet sich kein Abbau klimaschädlicher Subventionen. Im Gegenteil werden diese erhöht. Das widerspricht nicht nur den Klimazielen, sondern steht auch im Widerspruch zum propagierten Vorrang des Marktes.

Wie will die CDU für „Klimagerechtigkeit“ sorgen?

„Verantwortung für die Welt übernehmen. Wir unterstützen andere Länder beim Klimaschutz.“
Dies ist eine Verpflichtung aus dem Pariser Klimaabkommen. Die Höhe der „Unterstützung“ ist entscheidend für die Erreichung der Ziele. Dazu gibt es keine Aussage im Programm.

„Um Verbraucher und Unternehmen schnell und effizient mit einem sozialen Ausgleich zu entlasten, schaffen wir einen Klimabonus. Wir reduzieren mit den CO₂-Einnahmen zuerst die Stromsteuer und Netzentgelte.“

Derzeit fließen die Einnahmen aus dem Emissionshandel in den Klima- und Transformationsfond. Weil die Mittel daraus bereits aufgebraucht waren und andere Mittel vom Finanzminister verweigert

wurden, hatte die Ampel das geplante Klimageld nicht umgesetzt. Ein sozialer Ausgleich, egal wie er heißt, ist aber dringend erforderlich. Es kommt aber auf die Ausgestaltung an. Und es stellt sich die Frage, welche derzeitigen Leistungen aus dem Transformationsfond dafür entfallen.

„Wir entlasten vor allem Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen.“

Das Leibnitz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) hat die Wahlprogramme auf ihre finanziellen Auswirkungen nach Einkommensklassen untersucht. Das Programm der CDU entlastet umso mehr, je höher das Einkommen ist, also das genaue Gegenteil dieser Behauptung.

Wie will die CDU ihr Programm und das Erreichen der Klimaziele finanzieren?

„Die Erderwärmung ist ein globales Problem, das die Weltgemeinschaft nur gemeinsam lösen kann. Wir verbinden dieses Ziel unbedingt mit dem Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und der Notwendigkeit der sozialen Tragfähigkeit. Nur so sichern wir die Akzeptanz bei den Menschen und die Chancen auf wirtschaftliches Wachstum.“

Konkrete Aussagen über Kosten und Finanzierung der Klimaziele finden sich nicht. Die nötigen Mittel sollen wohl über Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit generiert werden. Wie aber soll Wettbewerbsfähigkeit zur Lösung eines globalen Problems beitragen? Und Wachstum ist für das Problem der Überschreitung der ökologischen Grenzen des Planeten eher Problem als Lösung. Selbst wenn „grünes Wachstum“ die ökologische und Klimakrise bewältigt könnte, ist dies ganz sicher nicht der Fall, wenn der **Ökonomie wie bisher Vorrang vor Ökologie- und Klimaschutz** eingeräumt wird. Genau dies ist aber der Fall, wenn wie hier die „**Unbedingtheit**“ der ökonomischen Ziele betont wird. Der Vorrang von Wirtschaftsinteressen vor dem Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist Ursache der globalen, ökologischen Krise und muss beendet werden, wenn wir den folgenden Generationen eine lebenswerte Erde hinterlassen wollen.

„Wir halten an der Schuldenbremse des Grundgesetzes fest. Die Schulden von heute sind die Steuererhöhungen von morgen.“

Für den notwendigen und dringlichen sozial-ökologischen ist für Deutschland bis 2030 jährlich mit dreistelligen **Milliardenkosten** zu rechnen. Aber das rechnet sich: „Die Schäden des Klimawandels werden bis 2050 sechsmal so hoch liegen wie die Kosten des Klimaschutzes“, schätzt Ottmar Edenhofer, Direktor des Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. Rentablere Investitionen als in Klimaschutz dürften schwer zu finden sein. Sie zu unterlassen und damit mögliche Klimaschutzmaßnahmen zu unterlassen und die Lebensgrundlagen unserer Kinder zu untergraben, um die Staatsschulden nicht zu erhöhen (die ja die Sparguthaben der Sparer sind), ist eine absurde Logik. Aber die CDU will nicht nur keine kreditfinanzierten Investitionen, die finanziellen Effekte ihrer Vorhaben verursachen laut ZEW **Mindereinnahmen** des Staates von 47 Milliarden €.

Fazit:

Dass die Union das Pariser Klimaabkommen und das Klimaschutzgesetz einhalten will, ist zu begrüßen. Mit dem vorgelegten Programm wird ihr dies jedoch nicht nur nicht gelingen, es wird sogar dazu führen, dass die nach dem Klimaschutzgesetzes bereits jetzt ungenügenden Maßnahmen, die jede neue Bundesregierung effektiv und plausibel nachzubessern verpflichtet ist, sogar weiter abgeschwächt werden. Das Programm der CDU will beschlossene Klimaschutzmaßnahmen rückgängig machen. Ihr Programm vermehrt klimaschädliche Subventionen, vermindert die Staatseinnahmen, hält an der Schuldenbremse fest, verunmöglicht damit die notwendigen Investitionen in Klimaschutz, wie Ausbau in ÖPNV, Stromnetze, die Wärmewende und Fördermaßnahmen. **Das Klimaschutzprogramm der CDU hält nicht nicht nur nicht, was es verspricht, es wird im Gegenteil zu weniger Klimaschutz führen, damit zur globalen Erwärmung beitragen und die Rechte und Zukunft der kommenden Generationen gefährden!**